Politik und Kirche verurteilen CSD-Anschlag: „Abscheuliche Tat“

27. Juli 2026



Beim mutmaßlichen Anschlag auf den Berliner CSD ist mindestens ein Mensch getötet worden. Bundespräsident und -regierung äußern sich erschüttert und versprechen Aufklärung. Auch die Kirche reagiert mit einer Ankündigung.

Von Johannes Senk und Birgit Wilke (KNA)

Berlin (KNA) Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat den mutmaßlichen Anschlag auf den Christopher-Street-Day
(CSD) in Berlin am Samstagabend verurteilt. „Das ist ein Angriff auf unsere Gesellschaft“, erklärte Merz am Sonntagmorgen in Sozialen Medien.

„Hunderttausende Menschen aus aller Welt feierten friedlich beim Christopher Street Day. Sie wollten, dass wir gut und tolerant miteinander umgehen“, so der Bundeskanzler weiter. Die „abscheuliche Tat“ werde aufgeklärt und mit aller Härte verfolgt, kündigte Merz an. „Wir sind offen und freiheitsliebend – und das werden wir auch bewahren und verteidigen.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach von einem Angrif auf die offene

Gesellschaft. „Wir alle sind erschüttert und entsetzt über den mutmaßlichen Anschlag auf den Christopher Street Day in Berlin, bei dem Hunderttausende Menschen aus aller Welt friedlich und fröhlich feiern wollten und ein Zeichen setzen für Toleranz und Vielfalt, für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben“, sagte Steinmeier in Hamm beim Großen Tempelfest der Hinduistischen Gemeinde in Deutschland.

Seine Gedanken seien bei Angehörigen und Freunden der beim Anschlag getöteten Frau und den zum Teil Schwerverletzten. Er wünsche den Schwerverletzten vollständige Genesung.

Ähnlich äußerte sich die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner. „Wer Menschen attackiert, die für Freiheit, gleiche Rechte und Vielfalt einstehen, greift die Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens an, der tritt die Menschenwürde mit Füßen. Unsere Verfassung schützt das Recht, frei und ohne Angst zu leben und für die eigenen Überzeugung einzutreten.“ Bundesratspräsident Andreas Bovenschulte (SPD) sprach von einem Angriff „gegen die Freiheit von uns allen, gegen unsere Werte und unser friedliches Zusammenleben.“

Während der Feier im Anschluss an die CSD-Parade fuhr am späten Samstagabend ein Auto in die Menschenmenge am Berliner Tiergarten. Dabei wurde eine Person getötet, mindestens 16 weitere teils schwer verletzt. Die Berliner Polizei geht derzeit von einem gezielten Anschlag aus und fahndet öffentlich nach einem Tatverdächtigen, der dem islamistischen Milieu zugerechnet wird. Der Berliner CSD gehört zu den größten in Deutschland – mehrere hunderttausend Menschen nehmen jedes Jahr an dem Umzug teil.

Zuvor hatte sich auch Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) geäußert. „Diese feige, abscheuliche Attacke auf friedlich feiernde Menschen erschüttert mich zutiefst. Meine Gedanken sind bei den Opfern, ihren Angehörigen und allen, die diese Tat miterleben mussten“, so Dobrindt laut einer Mitteilung des Ministeriums. „Wir werden alles daransetzen, diese schreckliche Tat und ihre Hintergründe schnell aufzuklären und zu ahnden“.

Auch weitere Regierungsmitglieder äußerten ihr Entsetzen über die Tat. Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) sagte, „der Anschlag erschüttert mich zutiefst. Meine Gedanken sind bei den Opfern, ihren Angehörigen und allen, die nun Angst und Trauer erleben“. Und: „Wer Menschen angreift, die für Vielfalt, Freiheit und gegenseitigen Respekt einstehen, greift uns alle an – unsere offene und tolerante Gesellschaft und damit das Herz unserer Demokratie“.

Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) erklärte, der CSD stehe für Vielfalt, Respekt, Freiheit und Lebensfreude. „Wer friedlich feiernde Menschen angreift, greift diese freiheitlichen Werte, unsere offene Gesellschaft und die queere Community an“, so Hubig. Wie Kanzler, Bundespräsident und andere Minister bedankte sie sich bei den Einsatzkräften.

Auch die Kirchen äußerten sich zu dem mutmaßlichen Anschlag. Der Berliner Erzbischof Heiner Koch sagte, „wie schrecklich! Ein so frohes und bewegendes Fest, brutal zu zerstören“. In den Sonntagsgottesdiensten werde Fürbitte für die Betroffenen und ein

friedliches Miteinander in der Gesellschaft gehalten, kündigte Koch an. „Der Hass darf nicht gewinnen."

© KNA

Bild von herb1979 auf pixabay

Stand: 13. November 2026